



Kapitalismus kann Probleme nicht mehr lösen!

- » Reallohnsteigerungen
 - » Mietpreisstop
 - » Arbeitszeitverkürzung
- => Statt FPÖ!**



Credits: Sozialistische Offensive

- **Keine Reallohnverluste! Für entsprechende Lohnerhöhungen in allen Branchen sowie Anhebung der Pensionen und des Arbeitslosengeldes! Lebensstandards verteidigen!**
- **Mietenstopp jetzt: Entkoppelung der Richtwertmieten vom Inflationsindex!**
- **Entliberalisierung des Energiemarktes sowie Überführung des gesamten Energiesektors in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung!**
- **Ursache von Krieg, Klimawandel, Krise und Co. beseitigen - Kapitalismus abschaffen!**
- **Wirtschaft demokratisch und nachhaltig planen - für eine echte sozialistische Gesellschaft!**
- **Für eine Kraft die für eine solche Gesellschaft und die Interessen von Arbeitnehmer/innen kämpft!**

Sozialistische Offensive

Superwahljahr 2024: Wie die FPÖ stoppen?

2024 wird ein sogenanntes "Superwahljahr" - diverse Lokalwahlen, die EU-Wahlen im Mai und dann Nationalratswahlen im September. Viele Menschen sorgen sich ob der hohen Umfragewerte der FPÖ. Wenn die FPÖ bei der Nationalratswahl erste wird, kann das bedeuten, dass es nicht nur eine dritte Regierungsbeteiligung der FPÖ gibt, sondern dass die FPÖ mit Kickl sogar den Kanzler stellen könnte. Das macht berechtigterweise vielen Menschen Sorgen. Aber auch Teile der Wirtschaft, der Medien und der etablierten Parteien sind ob dieses Szenarios besorgt, denn die FPÖ ist ein Unsicherheitsfaktor für sie in verschiedenen Fragen - Haltung zu Russland, Haltung zu Corona etc.

FPÖ setzt neoliberale Politik um

Aus den Erfahrungen mit den beiden Regierungsbeteiligungen der FPÖ wissen wir, dass die FPÖ Erfüllungsgelüste für die Wünsche von Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Co. ist, und neoliberale Politik wie die Pensionskürzungen 2003 und den 12-Stundentag umgesetzt. Es ist möglich, dass die Kapitalist/innen sich eine Kanzlerschaft der FPÖ wieder in Form von Projekten, die die ÖVP mit den Grünen nicht umsetzen konnte - wie z.B. der Kürzung des Arbeitslosengeldes - abkaufen lässt. Die Frage, was die Gewerkschaften tun, wird

daher umso wichtiger - sie müssen sich auf ein solches Szenario vorbereiten und Kampfpläne in der Schublade haben.

Aufwind für Rechtspopulismus

Die Schwarzgrüne Regierung taumelt von einer Krise zur nächsten: Corona, Energie, Teuerung, Signa etc. Jahrelang wurde in Österreich neoliberale Kürzungspolitik umgesetzt - sowohl von großen Koalitionen wie auch Schwarzblau I + II. Seit der Pandemie wurden ungeheuerliche Summen in die Wirtschaft gepumpt. Die FPÖ nutzt hier, wie andere rechtspopulistische Parteien international, verschiedene Themen aus, den wachsenden Unmut über den Ukrainekrieg, die Wut über die Impfpflicht in den Coronajahren, das Gefühl, dass die Sorgen der Bevölkerung weniger ernst genommen werden als geschlechtergerechte Sprache.

Die Arbeiter/innenklasse regt sich

Die hohe Inflation hat den Druck auf die Gewerkschaften erhöht. Es ist in den letzten beiden Jahren verstärkt zu Streiks gekommen. Dennoch haben die Abschlüsse nicht gereicht, um der Arbeiter/innenklasse eine Atempause zu verschaffen. Trotz Arbeit und Lohn geht bei vielen das Geld vor dem Monat aus. Die relativ hohen Lohnabschlüsse brin-

gen wiederum die Unternehmen in die Zwickmühle. Dennoch steht ihnen heute eine selbstbewusstere Arbeiter/innenklasse gegenüber als in den letzten 20 Jahren - nicht zuletzt der Personalmangel, auch die zaghaften ersten Kampfverfahren in den letzten beiden Jahren haben dieses gestärkt. Das drückt sich auch darin aus, dass wir heute keinen reinen Rechtsruck, sondern eine Polarisierung nach links und rechts beobachten können. Eine neue Regierung wird auf die multiplen Krisen des Kapitalismus eine Antwort geben müssen. Sie wird daher sehr instabil sein, egal welche Farbe sie trägt. Im Moment scheinen weder Blauschwarz noch Schwarzrot eine Mehrheit haben. Eine der wenigen "Optionen" ist Schwarzrotpink - aber die ÖVP könnte Bablars Abgang als Voraussetzung einer Koalition verlangen - oder einen Kniefall Bablars vor der Wirtschaft.

Multiple Krisen des Kapitalismus

Wenn die FPÖ die Wahl gewinnt und es eine Mehrheit für FPÖ und ÖVP gibt, wird auch der Widerstand der Kapitalist/innen eine solche kaum verhindern können. Überlegungen wie All-Parteien-Koalitionen gegen die FPÖ werden höchstens zu einer noch größeren Mehrheit der FPÖ führen, weil damit der FPÖ vollständig die Oppositionsrolle überlassen wird. Das sieht man an Ita-

lien und Israel, wo genau das geschehen ist. Aber auch eine FPÖ-geführte Regierung wird Antworten auf die multiplen Krisen des Kapitalismus geben müssen und kann sich rasch mit Protesten, Streiks und Demonstrationen konfrontiert sehen. Es ist möglich, dass die ÖVP verlangt, dass Haibuchner statt Kickl in eine FPÖ-geführte Regierung geht, allerdings ist offen, ob Kickl sich darauf einlässt. Noch haben sich Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und ÖVP nicht festgelegt, zu tief sitzen die Erinnerungen an die letzte Koalition. Sie könnten, wie in anderen Ländern, die Kontrolle über die Ereignisse und den Staatsapparat verlieren.

Was tun?

Die Gewerkschaften müssen sich auf die Angriffe durch eine neue Regierung vorbereiten und auf den Streiks und Kämpfen der letzten beiden Jahre aufbauen. Der Kapitalismus kann die Probleme, die er schafft, nicht mehr lösen, sondern nur noch verschieben. Nur die organisierte Arbeiter/innenbewegung kann einen Weg aus den diversen Spaltungen in der Gesellschaft, und aus der tiefen Krise des Kapitalismus aufzeigen. Dafür braucht sie einen organisierten Ausdruck in Form einer eigenen Partei und ein sozialistisches Programm, das mit dem Kapitalismus bricht.

Signa: Wer zahlt für die Pleite?

Signa ist eine der größten Pleiten der jüngeren Vergangenheit in Österreich. 6,3 Mrd. beträgt alleine der Verlust von Signa Prime. Die Signapleite wird große Auswirkungen haben - in Österreich, aber auch international. Werden die Kosten dafür wieder den arbeitenden Menschen umgehängt werden, wenn der Staat einspringt?

Kapitalistische Krise

Brisanz hat der Fall aufgrund der politischen Verbindungen Benkos. Signas „Geschäftsmodell“ war es, Immobilien zu kaufen, schnell den Bilanzwert zu steigern, darauf wieder billige Kredite aufzunehmen, die nächste Immobilie zu kaufen und weitere Investoren an Land bringen. Das hat Elemente von einem Pyramidenspiel, wie viele Bereiche des Kapitalismus heute. Das liegt am grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus, immer höheren Profiten nachjagen zu müssen, aber immer weniger profitable Bereiche zu finden. In Österreich und weltweit liegen ungeheure Kapitalmengen „brach“, weil sie nicht gewinnbringend oder mit zu hohem Risiko angelegt werden könnten. Darum springen viele Investoren - wie Haselsteiner - auf Projekte wie Signa

auf, weil sie eine Rendite versprechen, die sonst nicht mehr erzielt werden kann. Die Zunahme der Wirtschaftsbankrotte mit einem Fuß „im Kriminal“ sind Ausdruck des faulenden Kapitalismus. Auch in Österreich ist die Immobilienbranche nach Jahren der hohen Profite und Spekulation an eine Decke gestoßen. Die Immobilienkrise war Folge der Krise von 2008 und der Flucht in scheinbar sichere Anlagen. Aber mit steigenden Zinsen und der hohen Teuerung ist auch der Immobiliensektor in der Krise. Die Signapleite steht im Zusammenhang mit der allgemeinen kapitalistischen Krise.

Kapitalismus bedeutet Korruption

Kapitalismus bedeutet Korruption. Nicht umsonst suchen alle Konzerne die Nähe zur Politik und ehemaligen Politiker/innen von Kurz, Strache, Gusenbauer bis Glawitschnig. Die sitzen dort wegen ihres Einflusses durch ihr Dasein als Politiker/innen. Diese Korruption ist auch keine Spezialität einer bestimmten Partei, sondern alle prokapitalistischen Parteien und Politiker/innen, sobald sie in die Nähe der Futtertröge der Macht gelangen, sind der Versuchung ausgesetzt.

Mehr Staat? Mehr Privat?

Der kapitalistische Staatssektor ist von Korruption nicht ausgenommen. Österreich hatte bis in die 1980er Jahre einen Staatsanteil von 2/3 durch die Verstaatlichte, die in der Regel wie normale kapitalistische Unternehmen geführt wurde. Vor 20 Jahren hätten die Kapitalist/innen noch behauptet, dass es Privatisierungsagenturen braucht, um Korruption im Staatssektor zu verhindern. Es ist aber nun klar, dass auch die Staatsholdings, die oft als Privatisierungsagenturen fungieren, genauso Selbstbedienungsläden waren. Privatisierung ist kein Rezept gegen Korruption. Genausowenig gibt es einen sauberen Kapitalismus. Wir fordern die Übernahme in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Aber „resistenter“ gegen Korruption würden verstaatlichte Betriebe erst durch die Loslösung aus dem Kapitalismus. Was es braucht, ist völlige Transparenz und Offenlegung der Bücher, der an Benko und Signa ausbezahlten staatlichen Gelder (alleine Österreich und Deutschland haben an Signa Corona-

Von David Kurz, SO-NÖ

Hilfen über 600 Mio Euro gezahlt), Enteignung des Privatvermögens Benkos und der Großinvestoren.

Welt ohne Korruption?

Wir müssen mit dem Kapitalismus brechen, wenn wir verhindern wollen, dass in die Taschen der Reichen gearbeitet wird, während bei den Beschäftigten genommen wird. Aber es gab auch in den stalinistischen Staaten Korruption. Diese hatten zwar eine geplante Wirtschaft, aber unter der Herrschaft einer bürokratischen Schicht. Darum brauchen wir eine echte sozialistische Gesellschaft mit einer demokratisch geplanten Wirtschaft - und echter Demokratie. Dafür ist Voraussetzung, dass die Ressourcen der Welt genutzt werden und es keine Mangelsituation gibt, auf deren Rücken eine privilegierte Schicht entstehen könnte, weil sie ihre Machtposition ausnützt. Funktionäre müssen demokratisch gewählt, jederzeit wähl- und absetzbar sein, rechenhaftpflichtig sowie nur einen Durchschnittslohn verdienen. Wir haben keine Garantie, dass dies gelingt. Aber wenn der Kapitalismus weltweit abgeschafft ist, ist das die beste Basis.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Unterdrückung, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion oder dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der Arbeiter/innenklasse erkämpft werden.

Aktuelle Artikel zu internationalen Entwicklungen und Fragen:

www.sozialistischeoffensive.net
www.socialistworld.net

Degressives Arbeitslosengeld gegen Personalnot?

Von Lukas Arnold
Anderl, SO-Wien

Die ÖVP hat erneut das Modell des degressiven Arbeitslosengelds in Diskussion gebracht - bei dem letztlich der Satz je nach Dauer von 55% auf 50% gesenkt werden soll. Da sie dieses mit den Grünen nicht umsetzen konnten, könnte es ein mögliches Projekt für eine neue Koalition mit der FPÖ werden. Angestoßen wurde die Debatte durch den Personalmangel in mehreren Branchen und das Begehren der Arbeitgeber, mehr Druck auf Arbeitslose auszuüben. Natürlich ist das der vollkommen falsche Weg, den Personalmangel anzugehen, der eine Kombination aus Generationenwechsel und Flucht aus Branchen mit hohem Arbeitsdruck und schlechter Entlohnung ist.

Teil dieses Ansinnen ist es, die Möglichkeit, geringfügig etwas dazu zu verdienen, zu streichen. Davon sind größtenteils die 78.000 Langzeitarbeitslosen, von denen rund 30.000 einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, betroffen. Das bedeutet, neben dem Kaufkraftverlust durch die fehlende Inflationsanpassung verlieren diese nicht nur 8% ihrer derzeitigen Leistung, sondern auch die 500 Euro, die man dazu verdienen darf. Zu den Langzeitarbeitslosen zählen unter anderem ältere Personen, unterqualifizierte Arbeitskräfte aber auch geringfügig oder teilzeitschäftigte Frauen, deren Lebensstandard mit der möglichen Reform drastisch verschlechtert werden können.

Zulasten der Betroffenen

Zusammengefasst bedeutet das, dass die ÖVP das Problem auf dem Rücken der Beschäftigten und Arbeitslosen austragen will. Arbeitslose sollen gezwungen werden, schlechte Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, um sich vor der drohenden Armut zu schützen. Während sich Unternehmer zusätzlich auch noch auf eine daraus resultierende Senkung der Lohnnebenkosten freuen können. Das zeigt einmal mehr, dass die Regierung eher im Interesse der Unternehmer und nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung agiert.

Ursachen bekämpfen, nicht Arbeitslose!

Aber wie können Personalmangel und Arbeitslosigkeit tatsächlich im Interesse der Arbeitslosen und Beschäftigten gelöst werden? Dafür müssen wir uns mit den Ursachen auseinandersetzen - mit den Arbeitsbedingungen, der Arbeitsbelastung, den oft viel zu niedrigen Löhnen (Stichwort Pflege oder Tourismus). Zunächst müssen die Löhne in diesen Branchen massiv erhöht werden. Dann brauchen wir eine Umsetzung einer ordentlichen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Denn viele Jobs sind schon jetzt nur als Teilzeitsjobs erträglich. Es braucht aber gleichzeitig Kämpfe für mehr Personal -

denn oft gibt es dieses sehr wohl, aber die Unternehmen wollen sie nicht einstellen. Es ist der Personalausgleich, der bei Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, die zum Teil auch in den Lohnrunden umgesetzt wurde, oft unter den Tisch fällt. Aber so entsteht nur eine Intensivierung der Arbeit und die Arbeitsbedingungen werden erst recht nicht verbessert. Die Aufteilung der vorhandenen Arbeit könnte dafür sorgen, dass auch die nun doch steigende Arbeitslosigkeit aufgrund der wirtschaftlichen Krise, gekontert werden könnte.

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn

Im Zentrum steht dabei der Kampf zwischen Unternehmen und Beschäftigten um das, was letztere erwirtschaften. Um tatsächlich radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich umsetzen zu können, müssen wir das erkämpfen, und wir müssen mit dem Widerstand der Bosse rechnen. In einer sozialistischen Gesellschaft müsste man wohl nur noch ein paar Stunden am Tag arbeiten, da in einer solchen auch die Automatisierung endlich zum Wohle der Beschäftigten eingesetzt werden könnte, anstatt deren Jobs weg zu kürzen. Dafür müssen die Beschäftigten die Schlüsselindustrien unter die demokratische Kontrolle der Arbeitnehmer*innen bringen. Nur dann ist Politik im Interesse der Mehrheit möglich.

Nigeria in Aufruhr: Proteste gegen Teuerung

Wirtschaftskrise, massive Währungsabwertung, neoliberale Wirtschaftspolitik, Unsicherheit, Aufstände und die jüngste neoliberale Politik des neuen Präsidenten haben Nigeria in eine schwere Krise gestürzt, die sich weiter zu verschärfen droht. Der Lebensstandard sinkt rapide, Teile der Wirtschaft kommen zum Stillstand und der IWF warnt, dass die Inflation auf 44% steigen könnte. Im Februar begannen im Norden Nigerias Proteste gegen die in die Höhe schießenden Lebensmittelpreise, die sich seitdem ausbreiten.

Tinubus neoliberale Agenda

Diese spontanen Proteste zeigen die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die Verantwortung für die Krise trägt die Regierung unter Präsident Tinubu und seiner Partei All Progressive Congress (APC), die seit Mai 2023 eine neoliberale Agenda verfolgt. Diese beinhaltet die Abschaffung von Benzinsubventionen, eine Abwertung der Währung und eine Verschärfung der Unterfinanzierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Basis der Regierung ist schwach, Tinubu erhielt weniger als 9 Millionen Stimmen von rund 220 Millionen. Nach mehreren korrupten Regierungen ist diese die schlimmste bisher.

Die Gewerkschaftsverbände Nigeria Labour Congress (NLC) und Trade Union Congress (TUC) hatten der Regierung ein Ultimatum gestellt. Der NLC hatte für den 27. und 28. Februar Proteste angekündigt. Die Forderungen umfassten die Rücknahme von Benzinpreiserhöhung und Deregulierung sowie Maßnahmen gegen den starken Preisanstieg bei Lebensmitteln. Die Proteste wurden aber nach nur einem Tag abgebrochen mit der Begründung, dass die Protestziele erreicht seien - gleichzeitig wurde aber die Frist an die Regierung verlängert. Wenn die Proteste weiter gegangen wären, hätte dies breitere Schichten in den Kampf einbeziehen können und eine solide Basis für einen Generalstreik aufbauen können.

Nein zum Abbruch von Kämpfen

Das Democratic Socialist Movement (DSM), CWI in Nigeria, hatte die Protestankündigung des NLC unterstützt, aber vorzeitigem Abbruch gewarnt. Das DSM kritisiert den Abbruch der Proteste nach nur einem Tag aufs Schärfste. Er entspricht der Neigung der Gewerkschaftsführung zu Kompromissen und vorzeitigem Abbruch oder Absagen, ohne dass Zugeständnisse erreicht wurden. Um einen möglichen

Verrat der Gewerkschaftsführung zu verhindern, hatte DSM vorgeschlagen, dass pro-labour Gruppen und Aktivist/innen demokratische Aktionskomitees bilden, um den landesweiten Protest fortzusetzen. Diese Komitees sollen an Arbeitsplätzen, Universitäten und in Gemeinden unabhängig agieren, um die Bewegung zu stärken.

Kampfprogramm

DSM argumentiert für eine kämpferische Gewerkschaftsführung und ein Kampfprogramm gegen die neoliberale Politik der Kapitalist/innen. Wir kämpfen für die notwendigen politischen und organisatorischen Vorbereitungen für die Übernahme der politischen Macht durch die Beschäftigten und armen Massen von den Kapitalist/innen, um eine Arbeiter/innen- und Armenregierung zu bilden, die das Land im Interesse aller regieren kann. Unsere Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte Kapitalismus zeigt, dass man keinem Teil der kapitalistischen Elite zutrauen kann, das Land im Interesse der arbeitenden und armen Menschen zu führen. Wir brauchen einen scharfen Bruch mit dem Kapitalismus, um den Weg für eine sozialistische Umgestaltung des Landes zu ebnet.

Inflation trifft Rezession: Jobs und Reallöhne verteidigen, Kämpfe vorbereiten!

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Krise nicht auf Rücken der Beschäftigten und Arbeitslosen austragen!

Die Inflation in Österreich bleibt im internationalen Vergleich auf relativ hohem Niveau. Gleichzeitig beginnt die Rezession in Österreich ebenfalls zu greifen. 2023 schrumpfte das BIP in Österreich um 0,8%. Noch überwiegt in manchen Branchen ein Personalmangel, aber die Arbeitslosigkeit beginnt im Vergleich zum Vorjahr zu steigen. Die wirtschaftliche Krise macht auch vor Österreich nicht halt. Das bedeutet, wir müssen uns darauf einstellen, dass die Verteilungskämpfe härter werden. Die Lohnrunden sind aufgrund der relativ hohen Inflation weiterhin Gegenstand davon.

Aber wir müssen uns auch auf Abwehrkämpfe vorbereiten, gegen Schließungen von Standorten und Personalabbau. So soll z.B. die Unicredit-IT-Tochter geschlossen werden - dagegen gab es erste Proteste. Wir müssen uns auf Kämpfe zur Verteidigung des Lebensstandards vorbereiten - nicht nur für höhere Löhne, auch dagegen, dass die Krise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung und der Arbeitslosen, Jugendlichen und Pensionist/innen ausgetragen wird. Die Krise trifft auf bereits völlig ausgedünnte Personaldecken, vor allem im öffentlichen Bereich (Gesundheit, Bildung,...). Die Antwort darauf kann nicht die Schließung von Standorten sein, sondern es muss gemäß der Bedürfnisse der Bevölkerung investiert werden. In jenen Branchen, in denen im Moment Insolvenzen stattfinden und Personal abgebaut wird (Handel) muss dagegen gekämpft werden - und für die Übernahme dieser Betriebe durch die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Von Schließung bedrohte Standorte könnten z.B. durch die betroffenen Belegschaften besetzt werden. Die Gewerkschaften brauchen daher ein Programm und einen Plan dafür.

Ein solcher Plan sollte beinhalten:

- Kampf für echte Realloohnerhöhungen - keine Lohnkürzungen!
- Kampf gegen Personalabbau und Schließungen - bzw. für mehr Personal
- Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich, um die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen
- Kampf gegen mögliche Kürzungen, Angriffe oder Verschlechterungen bei den Beschäftigten, Arbeitslosen, Pensionist/innen und Jugendlichen durch eine allfällige neue Regierung nach den Wahlen 2024 - wie z.B. eine Kürzung des Arbeitslosengeldes, eventuelle Angriffe von einer FPÖ-geführten Regierung auf die Arbeiterkammer etc.
- Kampf für mehr Budget, um Bildung, Gesundheit, Pflege etc ausreichend auszufinanzieren

Es ist möglich Verbesserungen zu erkämpfen und Verschlechterungen abzuwenden - denn allfällige Angriffe treffen nun auf eine Arbeiter/innenklasse, die beginnt, zu erwachen und ein einzelnen Branchen wichtige Kampferfahrungen zu machen.

Steigende Kampfbereitschaft

Die Lohnrunden waren im Herbst 2023 in den Streiks der Metaller und im Handel kulminierte. Der Handel hat erstmals seit langem Warnstreiks durchgeführt! Das ist ein wichtiger Schritt für diese größte Branche Österreichs, auch wenn die Streiks noch auf einem relativ niedrigem Niveau und nur in ausgewählten Betrieben stattgefunden haben. Die Option "Streik" ist aber damit in vielen Köpfen angekommen. Sie wird nicht so leicht wieder aus den Köpfen vertrieben werden. Im Metallsektor gab es 2023 nun auch Streikposten und Streikdemonstrationen, die im Jahr davor noch nicht zu sehen waren. Dass letztlich 10% erkämpft wurden - wenn auch mit einem Deckel für Gehälter über 4000 Euro - zeigt, dass dieser Sektor nichts an Kampfkraft eingebüßt hat. Es ist davon auszugehen, dass die Konfrontationen weitergehen werden: Die Fahrradbot/innen, die in den letzten beiden Jahren schon mehrmals demonstriert haben, haben z.B. bereits um Streikfreigabe angesucht. Bei der AUA und dem Finanzsektor zeichnen sich ebenfalls mögliche Kämpfe ab. Im Frühjahr werden auch Chemie und Elektro verhandelt, die schon 2022 Warnstreiks abgehalten haben.

Aus Erfahrungen lernen

Aber es ist wichtig, dass mögliche Streikaktionen nicht für faulen Kompromisse von oben abgedreht oder verhindert werden, sondern dass ein konsequenter Kampf organisiert wird. Der IT-Sektor hatte im Jänner die größte Demonstration seit langem - aber die Gewerkschaftsführung hat nicht zu einem Streik mobilisiert, obwohl die Bereitschaft dazu da war. Damit wurde auch ein schlechteres Ergebnis akzeptiert, als möglich gewesen wäre. Die Aussendung der GPA-Führung verriet, dass das Ergebnis nur über einen 2-Jahreszeitraum über der Inflation liegt - aber die Kolleg/innen brauchen die Lohnerhöhung jetzt. Die Aufteilung der Abgeltung der Inflation auf mehrere Jahre bzw. Einmalzahlungen (wie bei den Telekom-Abschlüssen) sind jedenfalls kein Mittel, um die Lebensstandards zu erhalten.

Die Warnstreiks in den letzten beiden Jahren haben vor allem gezeigt, dass enormes Potential besteht, dass mehrere Branchen gemeinsam Druck ausüben könnten. Es hat sich aber auch gezeigt, was passiert, wenn z.B. ein unbefristeter Streik in

einem einzelnen Betrieb wie im Fall von Ardo isoliert bleibt - die Beteiligung begann zu bröckeln. Mit einem Programm, das die Ängste von Teilen der Belegschaft um ihre Arbeitsplätze aufgegriffen hätte und mit einer gemeinsamen Mobilisierung innerhalb der Branche (und auch Soli-Aktionen durch die ansässige Bevölkerung in der Region), hätte das verhindert werden können.

Die Gewerkschaftsführung hat versucht, die Kämpfe fein säuberlich zu trennen. Aber dennoch haben Kämpfe parallel stattgefunden und eine Dynamik entwickelt. Die Metaller haben z.T. parallel mit dem Handel gestreikt. Wenn es nun im Frühjahr oder Herbst in verschiedenen Branchen zu kämpfen kommt, sollten gemeinsame Streikdemonstrationen organisiert werden, wo die gesammelte Kraft der Streikenden sichtbar und fühlbar wird. Nötig sind auch demokratische Entscheidungen über Verhandlungsergebnisse. Die Ordenspitäler und die Bahnbeschäftigten haben im Herbst 22 Urabstimmungen über das Verhandlungsergebnis abgehalten. Diese dürfen aber nicht verwendet werden, um die Beschäftigten unter Druck zu setzen, ein Ergebnis anzunehmen zu müssen. Es muss in den Betrieben echte demokratische Diskussionen bei Betriebsversammlungen geben.

Für demokratische und kämpferische Gewerkschaften

In manchen Branchen gibt es den Beginn von Organisierung von unten. Dort müssen wir ansetzen. Wir müssen die Gewerkschaften in tatsächlich demokratische und kämpferische Organe umwandeln. Die Erfahrung im Kampf kann jene zusammenbringen, die sich gegen das Festhalten an der Sozialpartnerschaft wenden und die Gewerkschaften auf neue kämpferische Beine stellen wollen. Das kann bedeuten, Plattformen, die innerhalb von Branchen Beschäftigte vernetzen (im Gesundheitsbereich und im Bildungsbereich gibt es Ansätze dazu), und Aktivist/innen, die kämpfen wollen, überfraktionell und über die Branchen hinweg zusammenzubringen. Das kann die Selbstorganisation in weniger kämpferischen oder gut organisierten Branchen befeuern. Wir dürfen uns dabei nicht auf das, was innerhalb des Kapitalismus möglich ist, beschränken - wir müssen z.B. im öffentlichen Bereich für mehr Budget für alle kämpfen, damit nicht eine Gruppe von Beschäftigten gegen die andere ausgespielt werden kann. Wenn die Kapitalist/innen sagen, dass das System sich unsere Lebensstandards nicht mehr leisten kann - dann können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten!

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!